Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1922

Mr. 19.

Inhalt: Geset, betreffend den Ausbau von Wasserkäften der unteren Fulda, S. 107. — Geset, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Geset vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau von Wasserkäften des Mains, S. 108. — Geset, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Geset vom 9. Juni 1913 angeordneten Ausbau von Wasserkäften im oberen Aucklysbiete der Weser, S. 110. — Geset, betreffend Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Sicherung der staatslichen Stromversorgung im Weserquell, und Maingebiete, S. 111. — Geset zur Überleitung des Rechtszustandes im oberschlessischen Abstimmungsgebiete, S. 112. — Verordnung zur Absiderung der Berordnung, betreffend das Landeswasseramt, vom 18. März 1914, S. 113. — Anderung des Taxis für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 und vom 3. März 1913, S. 114. — Bekanntmachung der nach dem Geset vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urfunden usw., S. 114.

(Mr. 12275.) Gesetz, betreffend den Ausbau von Bafferkräften der unteren Fulda. Dom 20. April 1922.

Der Landtag hat folgendes Gefet beschlossen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt:

a) für den Ausbau von Wasserfräften der unteren Julda einen Betrag von 311 Millionen Mark (dreihundertelf Millionen Mark) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister festzustellenden Pläne zu verwenden oder auch sich an einer Gesellschaft im Nahmen dieses Betrags zu beteiligen, und zwar mit der Maßgabe, daß dem Staate in dieser Gesellschaft der überwiegende Einsluß gesichert bleibt;

b) im Falle des Zustandekommens einer Gefellschaft Bürgschaft für die Anleihen bieser Gefellschaft bis zum Söchstbetrage von 400 000 000 Mark (vierhundert Millionen Mark)

in Gemeinschaft mit ben beteiligten Rreifen zu übernehmen.

§ 2.

(1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Aufwendungen eine Anleihe durch Verausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzunchmen. Die Anleihe ist mit 1,9 vom Hundert des ursprünglichen Kapitals zu tilgen unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen, diese zu 5 vom Hundert gerechnet.

(2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schahanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schahanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden mittels Unterschrift zweier Mitglieder aus.

gestellt.

(3) Schuldverschreibungen, Schakanweisungen, etwa zugehörige Zinsscheine und Wechsel können fämtlich ober teilweise auf ausländische ober auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

Geschsammlung 1922. (Ar. 12275—12281.)

22

(4) Schahanweifungen und Wechfel fonnen wiederholt ausgegeben werden.

(5) Die Mittel zur Einlösung von Schahanweisungen und Wechseln können durch Ausgabe von Schahanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem ersorderlichen Nenn-

betrage beschafft werden.

(6) Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schatzanweisungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung oder Umlaufzeit der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung oder Umlaufzeit der einzulösenden Schatzanweisungen oder Wechsel aufhört.

(7) Bann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zins, oder Diskontsfaße, zu welchen Bedingungen der Kündigung oder mit welcher Umlaufzeit sowie zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Bechsel ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Ebenso bleibt ihm im Falle des Abs. 3 die Festsehung des Wertverhältnisses sowwie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland überlassen.

(8) Im übrigen find wegen Verwaltung und Tilgung ber Anleihe die Vorschriften des Gefetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetzfamml. S. 1197), des Gesetzes vom 8. März 1897 (Gesetzsfamml. S. 43) und des Gesetzes vom 3. Mai 1903 (Gesetzsamml. S. 155) anzuwenden.

§ 3.

Die Ausführung biefes Gefetes erfolgt durch die zuständigen Minifter.

Das vorstehende, vom Landtage beschloffene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, ben 20. April 1922.

(Siegel.) Las Prenßische Staatsministerium.

Braun.

v. Richter.

Siering.

(Mr. 12276.) Gesetz, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau von Wasserkräften des Mains. Vom 20. April 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, für den Ausbau der infolge der Mainkanalisierung bis Aschassenburg entstehenden Staustusen bei Mainkur, Kesselstadt und Großkrozenburg zur Gewinnung elektrischer Energie und die Herkellung einer Verbindungsleitung mit den staatlichen Kraftwerken im oberen Duellgebiete der Weser über die in den Gesegen vom 8. Mai 1916 (Gesegsamml. S. 95) und vom 7. Juli 1920 (Gesegsamml. S. 421) bereitgestellten Mittel von 6 200 000 + 25 573 000 = 31 773 000 Mark hinaus zur Deckung von Mehrkosken der im Bau

befindlichen Anlagen einen Betrag von 44 272 000 Mark (vierundvierzig Millionen zweihundert. zweiundsiebzigtausend Mart) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister festzustellenden Plane zu verwenden.

(1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Deckung ber im § 1 erwähnten Mehrauf. wendungen eine Unleihe durch Berausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Anleihe ift mit 1,9 vom Sundert des ursprünglichen Kapitals zu tilgen unter Sinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Binfen, diefe zu 5 vom Hundert gerechnet.

(2) Un Stelle ber Schuldverschreibungen können vorübergehend Schatanweifungen ober Wechfel ausgegeben werben. In ben Schatzanweifungen ift ber Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechfel werden von der Hauptverwaltung ber Staatsschulden mittels Unterschrift zweier Mitglieder aus-

gestellt.

- (3) Schuldverschreibungen, Schatanweifungen, etwa zugehörige Binsscheine und Wechsel konnen fämtlich ober teilweise auf ausländische ober auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.
 - (4) Schatanweisungen und Wechsel fonnen wiederholt ausgegeben werden.

(5) Die Mittel zur Einlösung von Schahanweisungen und Wechseln können durch Ausgabe von Schatzanweisungen und Wechseln ober von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Renn-

betrage beschafft werden.

- (6) Schuldverschreibungen, Schahanweifungen und Wechfel, die zur Ginlöfung fälkig werbender Schatzanweisungen ober Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Unordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor ber Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Die Berginfung ober Umlaufzeit ber neuen Schuldpapiere barf nicht vor bem Zeitpunkte beginnen, mit bem die Berginsung ober Umlaufzeit der einzulösenden Schahanweisungen oder Wechsel aufhört.
- (7) Wann, burch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Bing. ober Diskontfage, zu welchen Bedingungen der Kundigung ober mit welcher Umlaufzeit sowie zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen, Schatanweifungen und Wechfel ausgegeben werden follen, bestimmt der Finangminifter. Chenfo bleibt ihm im Falle bes Abf. 3 bie Festfetung bes Wertverhaltniffes fowie der näheren Bedingungen fur Sahlungen im Ausland überlaffen.

(8) Im übrigen sind wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gefetfamml. S. 1197), bes Gefetes vom 8. Marg 1897 (Gefetfamml.

S. 43) und bes Gesetzes vom 3. Mai 1903 (Gesetsfamml. S. 155) anzuwenden.

§ 3.

Die Ausführung biefes Gesetzes erfolgt burch bie zuständigen Minifter.

Das vorstehende, vom Landtage beschloffene Geset wird hiermit verfündet. Die verfaffungs. mäßigen Rechte bes Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 20. April 1922.

(Siegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. v. Richter. Siering.

(Mr. 12277.) Gesetz, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 9. Juni 1913 angeordneten Ausban von Wasserkräften im oberen Quellgebiete der Weser. Vom 20. April 1922.

Der Landtag hat folgendes Gesetz beschloffen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, für den Ausbau von Wasserfräften im oberen Duellgebiete der Weser über die in den Gesehen vom 9. Juni 1913 (Gesehssamml. S. 343) und 7. Juli 1920 (Gesehssamml. S. 423) bereitgestellten Mittel von 10 500 000 + 30 500 000 = 41 000 000 Mark hinaus zur Deckung von Mehrkosten der im Bau besindlichen Anlagen und zur Aussührung von Ergänzungsanlagen einen weiteren Betrag von 55 205 300 Mark (fünsundfünfzig Millionen zweihundertundssührtausendbreihundert Mark) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister sestzustellenden Pläne zu verwenden.

§ 2.

Auf die Verrechnung der Einnahmen aus den Ergänzungsanlagen finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 des Gesetzes vom 9. Juni 1913 (Gesetzsamml. S. 343) entsprechende Anwendung.

\$ 3.

(1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Mehraufwendungen eine Anleihe durch Verausgabung eines entsprechenden Vetrags von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Anleihe ist mit 1,9 vom Hundert des ursprünglichen Kapitals zu tilgen unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen, diese zu 5 vom Hundert gerechnet.

(2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schatzanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden mittels Unterschrift zweier Mitglieder aus

gestellt.

(3) Schuldverschreibungen, Schahanweisungen, etwa zugehörige Zinsscheine und Wechsel können fämtlich ober teilweise auf ausländische ober auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

(4) Schahanweisungen und Wechsel fonnen wiederholt ausgegeben werben.

(5) Die Mittel zur Einlösung von Schatzanweisungen und Wechseln können durch Ausgabe von Schatzanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage beschafft werben.

(6) Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schatzanweisungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung oder Umlaufzeit der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung oder Umlaufzeit der einzulösenden Schatzanweisungen oder Wechsel aufhört.

(7) Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zins- und Diskontsatze, zu welchen Bedingungen der Kündigung ober mit welcher Umlaufzeit sowie zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen, Schahanweisungen und Wechsel ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Ebenso bleibt ihm im Falle des Abs. 3 die Festsehung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland überlassen.

(8) Im übrigen sind wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetzfamml. S. 1197), des Gesetzes vom 8. März 1897 (Gesetzsamml. S. 43) und des Gesetzes vom 3. Mai 1903 (Gesetzsamml. S. 155) anzuwenden.

\$ 4.

Die Ausführung biefes Gefetes erfolgt burch bie zuständigen Minister.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet. Die verfaffungsmäßigen Nechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 20. April 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

(Siegel.)

Braun.

v. Richter. Siering.

(Nr. 12278.) Geseth, betreffend Bereitstellung weiterer Staatsmittel zur Sicherung der staatlichen Stromversorgung im Weserquell- und Maingebiele. Bom 20. April 1922.

Der Landtag hat folgendes Gefet beschloffen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt:

a) zur Sicherung ber staatlichen Stromversorgung im Weserquell, und Maingebiet einen Betrag von 100 000 000 Mark (einhundert Millionen Mark) nach Maßgabe der von dem zuständigen Minister festzustellenden Pläne zu verwenden oder auch sich an einer Gesellschaft im Nahmen dieses Betrags zu beteiligen, und zwar mit der Maßgabe, daß dem Staate in dieser Gesellschaft der überwiegende Einfluß gesichert bleibt;

b) im Falle bes Zustandekommens einer Gesellschaft Bürgschaft für die Anleihen bieser Gesellschaft bis zum Höchstbetrage von 200 000 000 Mark (zweihundert Millionen Mark)

in Gemeinschaft mit den beteiligten Rreisen zu übernehmen.

§ 2.

(1) Das Staatsministerium wird ermächtigt, zur Deckung der im § 1 erwähnten Aufwendungen eine Anleihe durch Berausgabung eines entsprechenden Betrags von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Die Anleihe ist mit 1,9 v. H. des ursprünglichen Kapitals zu tilgen unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen, diese zu 5 v. H. gerechnet.

(2) An Stelle der Schuldverschreibungen können vorübergehend Schahanweisungen oder Wechsel ausgegeben werden. In den Schahanweisungen ist der Fälligkeitstermin anzugeben. Die Wechsel werden von der Hauptverwaltung der Staatsschulden mittels Unterschrift zweier Mitglieder aus

gestellt.

(3) Schuldverschreibungen, Schahanweisungen, etwa zugehörige Zinsscheine und Wechsel können fämtlich ober teilweise auf ausländische ober auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden.

- (4) Schahanweifungen und Wechsel können wiederholt ausgegeben werden.
- (5) Die Mittel zur Einlösung von Schahanweisungen und Wechseln können durch Ausgabe von Schahanweisungen und Wechseln oder von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage beschafft werden.
- (6) Schuldverschreibungen, Schahanweifungen und Wechsel, die zur Einlösung fällig werdender Schahanweifungen oder Wechsel bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers 14 Tage vor der Fälligkeit zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung oder Umlaufzeit der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung oder Umlaufzeit der einzulösenden Schahanweisungen oder Wechsel aufhört.
- (7) Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zins- oder Diskontsate, zu welchen Bedingungen der Kündigung oder mit welcher Umlaufzeit sowie zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Ebenso bleibt ihm im Falle des Abs. 3 die Festsetzung des Wertverhältnisses sowie der näheren Bedingungen für Zahlungen im Ausland überlassen.
- (8) Im übrigen sind wegen Berwaltung und Tilgung der Anleihen die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 (Gesetzsamml. S. 1197), des Gesetzes vom 8. März 1897 (Gesetzsamml. S. 43) und des Gesetzes vom 3. Mai 1903 (Gesetzsamml. S. 155) anzuwenden.

§ 3.

Die Ausführung dieses Gesetzes erfolgt burch die zuständigen Minister.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkundet. Die versassungs. mäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 20. April 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

Braun.

v. Richter.

Giering.

(Nr. 12279.) Gesetz zur Überleitung des Rechtszustandes im oberschlesischen Abstimmungsgebiete. Vom 22. Mai 1922.

Der Landtag hat folgendes Gefet beschloffen:

§ 1.

Das Staatsministerium wird ermächtigt, im Verordnungswege diejenigen Maßnahmen zu tressen, die zur Überleitung des Rechtszustandes im oberschlesischen Abstimmungsgebiet ersorderlich sind, sobald seine Verwaltung von den preußischen Behörden wieder übernommen ist.

Die vom Staatsministerium erlassenen Verordnungen sind in der Gesetzfammlung zu veröffentlichen.

§ 2.

Dieses Geset tritt mit dem Tage seiner Berkundung in Kraft.

Das vorstehende, vom Landtage beschlossene Gesetz wird hiermit verkundet. Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats sind gewahrt.

Berlin, den 22. Mai 1922.

(Giegel.)

Das Preußische Staatsministerium.

Braun. Severing.

(Nr. 12280.) Verordnung zur Abänderung der Verordnung, betreffend das Landeswafferamt, vom 18. März 1914 (Gesetzfamml. S. 55). Vom 18. April 1922.

Das Preußische Staatsministerium verordnet hiermit, was folgt:

Die Verordnung, betreffend das Landeswasserant, vom 18. März 1914 (Gesetzfamml. S. 55) wird auf Grund des § 373 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Gesetzsamml. S. 53) in Verdindung mit Artikel 82 der Versassung des Freistaats Preußen vom 30. November 1920 (Gesetzsamml. S. 543) wie folgt abgeändert:

1. § 5 Abf. 1 erhält nachstehende Faffung:

Die Laienmitglieder werden dem Senate zugeteilt, der die Angelegenheiten desjenigen Bezirkes (§ 2) bearbeitet, in dem sie ihren Wohnsit haben; sie werden von dem Vorsitzenden des Senats durch Abnahme des Staatsbeamteneids vereidigt.

2. § 6 erhält nachstehende Faffung:

Die Laienmitglieder erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen und bei den im Auftrage des Landeswafferamts vorgenommenen Reisen Reisekosten (Lagegelder und Fahrkosten) nach den für die Landeswafferamtsräte bestimmten Sätzen. Die in Berlin oder in geringerer Entfernung als zwei Kilometer von Berlin wohnenden Laienmitglieder erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen eine Bergütung nach den geltenden Vorschriften über die Festsetzung von Vergütungen für Dienstreisen nach nahegelegenen Orten.

3. Hinter § 11 tritt als neuer Paragraph:

§ 11 a.

Die Bernichtung weggelegter Aften erfolgt nach näherer Bestimmung bes Präsidiums.

4. § 24 Abf. 1 Sat 1 erhält nachstehende Faffung:

Das Landeswasseramt erläßt alle Beschlüsse, Verfügungen, Ersuchen usw. unter dem Namen: "Preußisches Landeswasseramt", sofern sie von einzelnen Senaten ausgehen, unter zusählicher Bezeichnung des Senats.

5. § 25 erhält nachstehende Fassung:

Die Ausfertigungen der Entscheidungen enthalten neben dem Siegel des Landeswasseramts

Urkundlich unter dem Siegel des Preußischen Landeswasseramts und der verordneten Unterschrift.

6. § 26 erhält nachstehende Raffung:

Das Landeswassexamt führt ein größeres und ein kleineres Siegel.

Die Siegel find mit ber Umfchrift: "Preugisches Landeswafferamt" zu verfeben.

Das größere Siegel wird nur bei Ausfertigungen ber Entscheibungen gebraucht. Das fleinere Siegel wird auch vom Rommiffar und vom Setretariat des Landesmafferamts ohne befonderen Jufat in der Umschrift geführt.

Der Prasident bedient sich bes fleineren Siegels mit der Umschrift: "Der Prasident des Preußischen Landeswafferamts",

Berlin, den 18. April 1922.

Das Preußische Staatsministerium.

v. Richter. Wendorff. Giering. Braun.

(Rr. 12281.) Anderung des Tarifs für die Gebühren der Kreistierarzte in gerichtlichen Angelegenheiten bom 15. Juni 1905 (Gefetsfamml. S. 254) und bom 3. Marg 1913 (Gefetsfamml. S. 27). Vom 21. April 1922.

Auf Grund des § 3 des Geseles, betreffend die Dienstbezüge der Kreistierarzte, vom 24. Juli 1904 (Geselsfamml. S. 169) werden im Einvernehmen mit dem Justizminister und dem Finanzminister die Sate des Taxifs für die Gebühren der Kreistierärzte in gerichtlichen Angelegenheiten vom 15. Juni 1905 (Gesetzfamml. S. 254) und bem bazu ergangenen Nachtrage vom 3. Marg 1913 (Gefetsfamml, S. 27) mit Wirkung vom 1. April 1922 an durchweg um 900 vom Sundert erhöht.

Der Erlaß vom 15. Februar 1921 (Gefetfamml. S. 308), betreffend Anderung bes Tarifs fur bie Gebühren ber Kreistierarzte in gerichtlichen Angelegenheiten, wird mit Ablauf bes 31. Marg 1922 aufgehoben.

Berlin, den 21. April 1922.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Wendorff.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesehes vom 10. April 1872 (Gesehsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. ber Erlaß bes Preußischen Staatsministeriums vom 7. Oftober 1921, betreffend die Genehmigung der Anderung der Firma ber Bröltaler Gifenbahn-Aftiengesellschaft in Bouel am Rhein in "Rhein-Sieg-Gifenbahn-Aftiengesellschaft", durch das Amtsblatt ber Regierung in Cobleng Rr. 20 G. 114, ausgegeben am 6. Mai 1922;

2. ber Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 22. Februar 1922, betreffend die Berleihung bes Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Sameln für den Bau und Betrieb einer Privatanschluß. bahn von ber neuen ftadtischen Safenbahn am linken Ufer ber Mühlenhamel nach bem Gelande füdlich ber schiffbaren Samel, burch das Amtsblatt ber Regierung in Sannover Rr. 15 G. 75, ausgegeben am 15. April 1922;

3. ber Erlaß bes Preußischen Staatsministeriums vom 13. April 1922, betreffend bie Berleihung bes Enteignungsrechts an bas Kreis-Clettrigitatsamt Biegenhain für die Belieferung ber Sieblung Welcherobe bei Berna im Rreife Somberg mit elettrifcher Energie, burch bas Amtsblatt ber Regierung in Caffel Rr. 19 S. 122, ausgegeben am 13. Mai 1922.

majorit der moderne socia

Redigiert im Buro bes Staatsministeriums. — Berlin, gebrudt in ber Reichsbruderei. Der Bezugspreis fur bie Preugische Gefesfammlung ift auf 40 Mart jabrlich einschließlich ber gefestichen Beitungsgebuhr feftgefest. Der Preis fur einzelne Stude beträgt 1 Mart 20 Pfennig fur ben Bogen, für tie Sanbtfachverzeichniffe 1806 bis 1883 50 Mart und 1884 bis 1913 26 Mart. Bestellungen find an die Boftanftalten ju richten.